

Heinz Duthel



Weltwirtschafts & Finanzcrash 2015 - I

„Die
Welt-Wall-Street-Spieler-Regierungen“



Das Verschenken des Euros über die EZB and Banken , der Ankauf mit Null Zinsen

WIDMUNG

Dr. Joachim Koch, Universitaet Regensburg
Inhaltsverzeichnis

Stichwortverzeichnis

Weltwirtschaftskrise
Inside Job
Arbeitslosigkeit
Deflation
Goldene Zwanziger
Schwarzer Donnerstag
Bank Run
Bankenpleite
Black Friday
Konjunktur
Protektionismus
Wohlfahrtsstaat
Great Depression
Kinderarmut in den Industrieländern
New Deal
Investition (Volkswirtschaftslehre)
Deficit spending
Goldstandard
Radikalismus
Nationalsozialismus
Paradigma
Keynesianismus
Gelenkte Volkswirtschaft
Wirtschaftspolitik
Erster Weltkrieg
Börsenkrach
New York Stock Exchange
Zoll (Abgabe)
Saysches Theorem
Federal Reserve System
Andrew W. Mellon
Joseph Schumpeter
Österreichische Schule

Ressourcenallokation
Friedrich August von Hayek
Geldpolitik
Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes
Makroökonomie
Einkommensverteilung
Giralgeldschöpfung
Reichsbank
Früchte des Zorns
Deutsche Bankenkrise
Hyperinflation
Wirtschaftskrise
Globalsteuerung
Vollbeschäftigung
Stagflation
Inflation
Monetarismus
Tulpenmanie
Spekulationsblase
Wirtschaftskrise von 1857
Gründerkrach
Geld
Savings-and-Loan-Krise
Lateinamerikanische Schuldenkrise
Bubble Economy
Asienkrise
Russlandkrise
Brasilienkrise
Dotcom-Blase
Finanzkrise ab 2007
Lehman Brothers
American International Group
Fannie Mae
Freddie Mac
UBS

Commerzbank
Fremdkapital
Eigenkapital
Realwirtschaft
General Motors
Internationaler Währungsfonds
Finanzkrise ab 2007/Regionaler Verlauf
Europäische Zentralbank
Economic Stimulus Act of 2008
Emergency Economic Stabilization Act
American Recovery and Reinvestment Act
Finanzmarktstabilisierungsgesetz
Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch
Wachstumsstärkung“
Notverstaatlichung
Bad Bank
Deutsche Bundesbank
Vertrag von Maastricht
Hypo Real Estate
WestLB
Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und
Schwellenländer
Ratingagentur
Hedgefonds
Steuerparadies
G-20-Gipfel in Washington 2008
OECD
Weltbank

Wirtschaftsforum in Davos

So viele Teilnehmer gab es noch nie: In Davos diskutieren mehr als 2000 Menschen über die Zukunft der Weltwirtschaft. Auch das halbe deutsche Kabinett ist dabei. Aber braucht man diese Konferenz überhaupt?

Dr. Marc Beise leitet die Wirtschaftsredaktion der Süddeutschen Zeitung. Der gebürtige Mainzer (Jahrgang 1959) ist in Hessen aufgewachsen und mit Kickers Offenbach sozialisiert worden; heute ist er Dauergast in der Bayern-Arena. Schon als Schüler war der Journalismus sein Berufsziel, das er nie aus den Augen verloren hat und auch 30 Jahre nach den ersten Schreibversuchen nicht bereut. Ein Wechsel in die Wirtschaft kam für ihn nie in Frage. Schon während des Studiums (1977 bis 1984 Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Frankfurt am Main, Lausanne und Tübingen) war Beise Volontär der Offenbach-Post. Nach dem Juristischen Referendar-Examen arbeitete er dort 1985 bis 1989 als Redakteur, zuletzt als Ressortleiter Politik, Wirtschaft und Nachrichten. 1989 bis 1995 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter und Koordinator der interdisziplinären DFG-Forschergruppe "Europäische und Internationale Wirtschaftsordnung" an der Universität Tübingen. In dieser Zeit entstand die Doktorarbeit "Die Welthandelsorganisation (WTO). Funktion, Status, Organisation", Nomos 2001. 1995 kehrte Beise in den Journalismus zurück als Redakteur des Handelsblatts in Düsseldorf, das er als Ressortleiter Wirtschaftspolitik 1999 in Richtung München verließ. Bei der Süddeutschen Zeitung in München gehört Beise längst zum Inventar. Er begann dort als stellvertretender Ressortleiter Wirtschaft, seit 2007 leitet er die Wirtschaftsredaktion. Sein Hauptaugenmerk liegt auf der Wirtschaftspolitik. Beise bezeichnet sich selbst als

"Neoliberalen" und "Ordnungspolitiker" in der ursprünglicher Bedeutung: Er ist also für einen funktionierenden staatlichen Rahmen, innerhalb dessen die Wirtschaft sich aber frei entfalten können muss. Hätte man das ausreichend bedacht, wäre es nie zur Finanzkrise gekommen. Umgekehrt gilt aber auch: Der Staat ist wichtig, aber er kann nicht alles leisten. In seinem wöchentlichen Video-Blog "Summa summarum" auf sueddeutsche.de gibt er Einblicke in sein Denken und sein Arbeitszimmer, überladenen Schreibtisch inklusive. Im Urlaub schreibt Beise Bücher, zuletzt: "Viel Geld haben", Econ 2010, "Ausplünderung der Mittelschicht", DVA 2009, "Deutschland - falsch regiert?", Hanser 2006.

Als Weltwirtschaftskrise bezeichnet man den 1929 einsetzenden schweren volkswirtschaftlichen Einbruch in allen Industrienationen, der sich unter anderem in Unternehmenszusammenbrüchen, massiver Arbeitslosigkeit und Deflation äußerte. Die Gleichzeitigkeit der Krisenerscheinungen wurde gefördert durch die gewachsene Verzahnung der Einzelwirtschaften und Finanzströme (Kapitalmobilität). Die Weltwirtschaftskrise beendete die „Goldenen zwanziger Jahre“.

Übersicht

In den 1920er Jahren kam es in den USA zu einer deutlichen Ausweitung der Konsumgüterproduktion und der landwirtschaftlichen Produktion. Gleichzeitig bestand eine sehr ungleiche Vermögensverteilung, der Großteil der Bevölkerung hatte ein zu geringes Vermögen, um aus eigenen finanziellen Mitteln einen ausreichenden Absatzmarkt zu bilden. Die Expansion der Konsumgüterindustrie beruhte zum Teil darauf, dass viele US-Bürger einen Teil ihres Konsums über Kredite finanzierte. Während die Kredite für Konsumzwecke im Jahr 1919 noch 100 Millionen \$ betrug, stieg dieser Betrag bis 1929 auf

über 7 Milliarden \$. Mit dem Schwarzer Donnerstag begann das Vertrauen in die Wirtschaft zu schwinden. Banken vergaben Kredite vorsichtiger, Unternehmen drosselten die Produktion und entließen Arbeiter und die Konsumenten wurden vorsichtiger und gaben weniger Geld aus. Die Federal Reserve erhöhte die Zinsen. Viele Banken hatten zu unvorsichtig Kredite vergeben und fielen in Insolvenz. Zusätzlich wurde das Bankensystem von Bank Runs destabilisiert. Durch den Zusammenbruch des Bankensystems wurde es für Unternehmen und Konsumenten immer schwieriger Kredite zu bekommen. Daraus entwickelte sich eine wirtschaftliche Abwärtsspirale, die in die Depression führte.

Die „Goldenen Zwanziger“ in Europa wurden hauptsächlich über kurzfristige Kredite in Milliardenhöhe finanziert. Diese forderten die Vereinigten Staaten beim Einbruch der dortigen Volkswirtschaft zurück, da die Banken zahlungsunfähig waren. Viele Bürger hatten sich zur Zeit des Aufschwungs durch den Kauf von Aktien an der guten wirtschaftlichen Lage und der Hausse beteiligen wollen. Der Verkauf von über 16 Millionen Aktien am 24. Oktober 1929, dem Schwarzen Donnerstag, ließ den US-amerikanischen Aktienmarkt zusammenbrechen. Dies führte zu einer Umkehr der Finanzströme. Gelder, die in den Jahren davor in andere Volkswirtschaften investiert worden waren, wurden überstürzt abgezogen. In vielen europäischen Staaten und in anderen Staaten der Welt löste dieser Kreditabzug schwerste wirtschaftliche Krisenerscheinungen aus. In der Kette der Ereignisse kam es unter anderem zu Massenarbeitslosigkeit und einem massiven Rückgang des Welthandels durch protektionistische Maßnahmen.

In den einzelnen Staaten wurde unterschiedlich auf die Herausforderung reagiert: Ausgehend von den skandinavischen Ländern, insbesondere Schweden, begannen die funktionierenden Demokratien mit dem Übergang zum Wohlfahrtsstaat, in das Marktgeschehen

einzugreifen. Zaghafte Reformansätze des US-Präsidenten Hoover, um die Große Depression zu überwinden, wurden ab 1933 als New Deal von seinem Nachfolger Franklin D. Roosevelt verstärkt, so auch durch wachstumsfördernde öffentliche Investitionen, die durch Deficit spending (vermehrte Schuldenaufnahme) finanziert wurden. Viele Staaten wie Großbritannien koppelten ihre Währungen vom Golddevisenstandard ab und konnten so wenigstens ihre Währungsreserven erhalten. Das Deutsche Reich unter Reichskanzler Heinrich Brüning versuchte dagegen, durch Stärkung seiner Währung, einhergehend mit rapidem Sozialabbau, aus der Krise zu kommen. Dies trug zu einer Radikalisierung der Politik bei, die den Aufstieg des Nationalsozialismus begünstigte.

Als eine Folge der Weltwirtschaftskrise fand ein Paradigmenwechsel in der Volkswirtschaftslehre statt: Die bisher geltende klassische Wirtschaftstheorie wurde weitgehend vom Keynesianismus abgelöst. Dieser forderte stärkere staatliche Eingriffe und stellte die Nachfrage in den Vordergrund. Diese Änderung der Wirtschaftspolitik wurde in den Folgejahrzehnten teilweise rückgängig gemacht.

Ursachen

Über die Ursachen der Weltwirtschaftskrise besteht in der Forschung noch kein Konsens.

Wirtschaftshistoriker

Viele Wirtschaftshistoriker sehen in der Weltwirtschaftskrise eine Strukturkrise. Angestoßen durch die Nachfragesteigerung während des Ersten Weltkrieges und verstärkter Mechanisierung (Produktivitätssteigerung) kam es zu einer Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion. Für die Produktionsausweitung fand sich aber keine ausreichende Nachfrage mehr, so dass die Preise für landwirtschaftliche Produkte fielen. Im industriellen Sektor kam es in den Goldenen Zwanziger Jahren zu einer schnellen Expansion der Konsumgüter und Investitionsgüterindustrie. Da die Unternehmensgewinne

deutlich schneller stiegen als die Löhne und Gehälter und gleichzeitig die Kreditkonditionen sehr günstig waren, bestand ein scheinbar günstiges Investitionsklima, das zu einer Überproduktion führte. Im Jahr 1929 kam es dann zu einem Einbruch der (ohnehin zu niedrigen) Nachfrage und zu einer extremen Verschlechterung der Kreditkonditionen.

Der Börsenkrach an der New Yorker Börse vom Oktober 1929 hatte eine ähnliche Wirkung. Er war die Folge von Überproduktion und kreditfinanzierter Massenspekulation. Nach dem Ersten Weltkrieg hatten die USA ihre Produktionskapazitäten – vor allem bezüglich der neuen Konsumgüter wie Automobile, Kühlschränke, Fotoapparate – massiv ausgebaut, um den aus dem Nichts entstandenen landesweiten Bedarf decken zu können. Als der Markt gegen Ende der zwanziger Jahre zunehmend gesättigt war, stand die Industrie vor einem Abgrund. Gleichzeitig mit dem industriellen Aufschwung hatte sich ein Spekulationsfieber ausgebreitet, das auch die nicht traditionell mit der Börse in Verbindung stehenden Gesellschaftsschichten erfasste ('Milchmädchen-Hausse'). Um Aktien kaufen zu können, von deren baldigem dramatischem Kursgewinn sie überzeugt waren, nahmen viele Menschen kurzfristige Kredite auf, teilweise zu horrenden Zinssätzen. Sobald sich an der Börse die ersten Anzeichen eines Abschwungs regten, stießen viele Spekulanten, um sich vor dem Schlimmsten zu retten, ihre Wertpapiere ab, was den Verfall der Kurse noch weiter beschleunigte. Zwar wird der 25. Oktober 1929 als Schwarzer Freitag bezeichnet, die stärksten Rückgänge des New Yorker Dow Jones Index wurden allerdings am 24. Oktober um 12,8 Prozent und am 29. Oktober um noch einmal 11,7 Prozent festgestellt.

Der Absturz vom Boom in die Depression erfolgte 1929 völlig überraschend, und die Schockwellen der Krise breiteten sich von der Wall Street rasch in Amerika und in der ganzen Welt aus. Obwohl der Außenhandel nur fünf Prozent des Nationaleinkommens ausmachte, nahmen die

Vereinigten Staaten doch eine herausragende Position in der Weltwirtschaft ein: 1929 erzeugten sie fast die Hälfte der industriellen Güter und waren mit Abstand die größte Exportnation.

Neben dem Börsenkrach und dem Preisverfall auf den Rohstoffmärkten spielte beim Ausbruch der weltweiten Krise noch die zunehmend protektionistische Zollpolitik einiger Länder eine Rolle. Hier machten die USA mit dem Smoot-Hawley-Tarif 1930 den Anfang, der eine Welle von ähnlichen Zollerhöhungen in den Partnerländern zur Folge hatte. Diese Schutzzölle auf bestimmte Güter dämpften den Welthandel erheblich. Im Deutschen Reich entstanden beispielsweise Importpreise, die das Zweieinhalbfache des Weltmarktpreises betragen. Der Krach selbst machte sich auf den internationalen Märkten als Wegfall der amerikanischen Nachfrage bemerkbar, wodurch die Preise international sanken. Daraus resultierten Produktionssenkungen und Arbeitslosigkeit.

Wirtschaftswissenschaftler

Zeitgenössische Erklärung

Die zeitgenössische Wirtschaftswissenschaft war nicht in der Lage die Depression zu erklären. Die Vorstellungen beruhten auf den zwei klassischen makroökonomischen Säulen, dem Saischen Theorem nach dem jedes Angebot seine Nachfrage selbst schafft, und dem Glauben an die Selbstheilungskräfte des Marktes. Viele Wirtschaftswissenschaftler erklärten, dass man nur warten müsse, bis Löhne und Preise sich ausreichend anpassen und es dadurch wieder zu Vollbeschäftigung kommt. Im Regierungsapparat von Präsident Herbert Hoover und in der US-Notenbank (Federal Reserve) dienten einige „liquidationists“, welche der Ansicht waren, dass massenhafte Insolvenzen in Kauf genommen werden sollten. Die Depression wurde als wirtschaftliche Strafe für die spekulativen Exzesse der 1920er Jahre angesehen. Diese "Medizin" gelte es zu schlucken, dann werde alles wieder in

Ordnung kommen. Finanzminister Andrew W. Mellon empfahl Präsident Hoover:

“Liquidate labor, liquidate stocks, liquidate the farmers, liquidate real estate... It will purge the rottenness out of the system. High cost of living and high living will come down. People will work harder, live a more moral life. Values will be adjusted, and enterprising people will pick up the wrecks from less competent people.”

„Arbeitsplätze abwickeln, Kapital liquidieren, die Landwirte abwickeln, Immobilien veräußern... Das wird die Fäulnis aus dem System spülen. Hohe Lebenshaltungskosten und ein hoher Lebensstandard werden sich anpassen. Die Menschen werden härter arbeiten und ein moralischeres Leben führen. Die Werte werden sich anpassen und unternehmungslustige Leute werden die Ruinen von weniger kompetenten Leute übernehmen.“

- Andrew W. Mellon

Joseph Schumpeter

Joseph Schumpeter sah die Weltwirtschaftskrise als historischen Unfall, in dem drei Konjunkturzyklen, der langfristige Kondratjew-Zyklus technischer Innovation, der mittelfristige Juglar-Zyklus und der kurzfristige Kitchin-Zyklus im Jahr 1929 gleichzeitig ihren Tiefststand erreichten. Schumpeter wird ebenfalls zu den Nichtinterventionisten bzw. "liquidationists" gezählt. Österreichische Schule

Im Gegensatz zu den späteren keynesianischen und monetaristischen Erklärungen sahen Ökonomen der Österreichischen Schule in den 1920er Jahren eine starke Expansion der Geldmenge, also eine Inflation, woraus eine Fehlallokation von Kapital entstanden sei. Die Depression müsse daher als unvermeidliche Folge der negativen Effekte der falschen Expansion in den 1920er Jahren ausgestanden werden. Staatliche Intervention jeglicher Art wurde für falsch gehalten, weil sie die Depression nur verlängern und vertiefen würde. Während Autoren wie Randall E. Parker und J. Bradford DeLong die Österreichische Schule den "liquidationists" zuordnen und annehmen, dass diese die Politik von Präsident Hoover und der Federal Reserve im Sinne eines Nichtinterventionismus beeinflusst bzw. gestützt hat, vertritt Lawrence White die Ansicht, dass Friedrich August von Hayek die Passivität der Federal Reserve (anders als Murray Rothbard) in Anbetracht der Kontraktion der Geldmenge nicht befürwortet hatte, wenngleich er in der entscheidenden Phase Anfang der 1930er Jahre keine Handlungsempfehlung gegeben hatte.

John Maynard Keynes

Keynes hatte genau wie Hayek eine Wirtschaftskrise vorhergesehen. Hayek hatte allerdings auf Basis der Theorie der Österreichischen Schule die 1920er Jahre als eine (Kredit-) Inflationsperiode angesehen. Die Theorie dahinter war, dass aufgrund der gestiegenen Produktionseffizienz die Preise hätten fallen müssen. Folglich befürwortete Hayek

eine kontraktive Geldpolitik der US-Notenbank um eine milde Deflation und Rezession zu initiieren, welche Gleichgewichtspreise wieder herstellen sollte. Sein Opponent Keynes widersprach dem. Im Juli 1928 erklärte er, dass es zwar Spekulationsblasen an der Börse gebe, der entscheidende Indikator für Inflation sei aber der Rohstoffindex und der habe keine Inflation angezeigt. In Anbetracht mehrerer Erhöhungen des Diskontsatzes durch die US-Notenbank warnte er im Oktober 1928, dass das Risiko einer Deflation größer sei als das einer Inflation. Er erklärte, dass eine längere Hochzinsphase zu einer Depression führen könne. Die Spekulationsblasen an der Wall Street würden nur eine generelle Tendenz zur Unterinvestition der Unternehmen verdecken. Die längere Hochzinsphase führte nach Keynes Analyse dazu, dass mehr Geld gespart bzw. in rein spekulative Anlagen investiert wurde und weniger Geld in betriebliche Investitionen floß, denn einige Preise wie Löhne, Pachten und Mieten seien nach unten wenig flexibel, folglich würden hohe Zinsen zunächst nur die betrieblichen Gewinne reduzieren.

Als Antwort auf die Deflation befürwortete Keynes die Abkehr vom Goldstandard um eine expansive Geldpolitik zu ermöglichen. In seinem Tract on Monetary Reform von 1923 hatte er festgestellt, dass Schwankungen der Geldmenge Verteilungseffekte haben können, da einige Preise wie Löhne und Mieten „klebriger“ (weniger flexibel) sind als andere. Dies kann sich auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung auswirken. Deshalb forderte er, dass Zentralbanken eine Politik der Preisstabilität verfolgen sollten.

Die Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes erklärte die Länge und Schwere der Depression damit, dass Investitionsentscheidungen nicht nur von den Kosten der Finanzierung (Zinssatz), sondern auch von positiven Geschäftserwartungen abhängig sind. Demnach kann eine Situation eintreten, in der die Unternehmer so pessimistisch sind, dass sie auch bei extrem niedrigen

Zinsen nicht investieren (Investitionsfalle). Die Unternehmen werden also nur so viele Mitarbeiter beschäftigen, wie zur Produktion der voraussichtlich absetzbaren Gütermenge benötigt werden. Entgegen neoklassischer Theorie kann sich ein Marktgleichgewicht somit auch unter dem Vollbeschäftigungsniveau einpendeln (Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung), dies ist die keynesianische Erklärung für die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in der Depression. In dieser Situation extrem pessimistischer Geschäftserwartungen könne Geldpolitik alleine die Wirtschaft nicht wieder beleben, Keynes hielt daher ein kreditfinanziertes staatliches Ausgabenprogramm (Deficit spending) für erforderlich, um Nachfrage und Investitionen zu stimulieren.

Die These, dass auch die deutschen Reparationszahlungen eine Ursache der Weltwirtschaftskrise waren, da sie als Zahlungen ohne Gegenwert zu verwirrenden Zinsgefällen beitrugen, wird von den Wirtschaftshistorikern nicht einhellig geteilt. Der britische Ökonom John Maynard Keynes hatte hingegen bereits nach Bekanntwerden der Bedingungen des Friedensvertrages von Versailles vor erheblichen negativen Folgen für die Gesamtwirtschaft gewarnt.

John Kenneth Galbraith

Einige Ökonomen, u.a. John Kenneth Galbraith, sehen als Ursache der Krise (zumindest für die Vereinigten Staaten) vor allem die starke Einkommenskonzentration. Sie begründen dies damit, dass die einkommensstärksten 5% der amerikanischen Bevölkerung im Jahr 1929 über fast ein Drittel des gesamten Einkommens verfügten. Dadurch dass sich immer mehr Einkommen auf wenige Haushalte konzentrierte, wurde weniger für den Konsum aufgewendet und immer mehr Geld floß in "spekulative" Geldanlagen. Dies habe die Wirtschaft krisenanfälliger gemacht.

Monetarismus

Die detaillierteste monetaristische Analyse ist A Monetary History of the United States von Milton Friedman und Anna J. Schwartz, welche der Federal Reserve die Schuld daran gibt, dass die Depression so tief und lang war. Demnach haben die von 1930 bis 1932 zahlreichen Bankenzusammenbrüche die Wirtschaft destabilisiert, da zum einen die Kunden einen Großteil des angelegten Geldes verloren haben und weil die Giralgeldschöpfungsfunktion der Banken erheblich gestört wurde. Dies führte in den USA zwischen den Jahren 1930 und 1932 zu einer Reduzierung der Geldmenge um 30% ("great contraction"), was eine Deflation auslöste. In dieser Situation hätte die Federal Reserve die Banken stabilisieren müssen, tat dies aber nicht. Diese monetaristische Sichtweise wird ganz überwiegend als korrekt angesehen, einige Wirtschaftswissenschaftler halten sie jedoch für allein genommen nicht ausreichend, um die Schwere der Depression zu erklären.

Produktion

Da die Börsenkurse nicht die wirtschaftliche Entwicklung wiedergeben, sondern aus spekulativen Gründen oft entgegengesetzte Trends zeigen, ist es wichtig, sich die Entwicklung der industriellen Produktion genauer anzusehen. Im Vergleich zeigt sich, dass die Börsenkurse in den USA trotz einer Stagnation in der wirtschaftlichen Entwicklung bis Mitte 1928 ganz extrem angestiegen waren. In Deutschland dagegen war 1929 bereits ein Schrumpfen der Wirtschaft von 2% zu verzeichnen. Also war die Wirtschaftskrise auch in der Produktion nicht der Auslöser für den Abwärtstrend, denn diese Entwicklung hatte gleichfalls vorher eingesetzt. Die Wirtschaftskrise hatte in Deutschland nicht nur früher begonnen als in den USA, sondern hatte auch nicht so starke Auswirkungen auf die Produktion. Bereits 1928 öffnete sich die Schere zwischen wachsender Produktionskapazität und sinkender Nachfrage deutlich. Bis Mitte 1929 kann man nur von einer Stagnation der Produktion sprechen, die aber mit einer steigenden

Arbeitslosigkeit einherging. Die Industrieproduktion halbierte sich bis 1932 und die Aktien verloren zwei Drittel ihres Wertes. Mitte 1931 wirkte sich der Zusammenbruch vieler Banken auf große Industriekonzerne aus, die dadurch an Kreditaufnahme und Neuinvestitionen gehindert wurden.

Im internationalen Vergleich ist unschwer zu erkennen, dass es in jedem Land einen anderen Kursverlauf gab. Zwar erfolgte überall ein Abwärtstrend; Ausmaß, Anfangszeitpunkt und Ende der Krise waren aber sehr unterschiedlich. Diese Unterschiede hatten mehrere Ursachen. Die Stärke des Gegensatzes zwischen übermäßigem Angebot und der verringerten Nachfrage in den einzelnen Ländern spielte hier eine Rolle, ebenso die Frage, wie exportabhängig die inländische Produktion war. In Ländern, in denen viele Arbeitskräfte in der Landwirtschaft arbeiteten und die zusätzlich nur wenig exportorientiert waren, wirkte sich die Krise weniger stark aus. In Deutschland betrug der Anteil der im primären Wirtschaftssektor Beschäftigten nur 30%. Zu Beginn der Krise erfolgte in der Agrarproduktion auch anfangs kein Abwärtstrend. Im Gegenteil, ab 1931 wurde die Produktion von Nahrungsmitteln sogar ausgeweitet, um einen Ausgleich zu den Einkommensverlusten durch die Preisrückstände zu schaffen.

Arbeitsmarktsituation

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland schien sich bis 1930 nicht von den Jahren zuvor zu unterscheiden. Die Zahl der Arbeitslosen lag 1927 bei etwa 1 Million; Ende September 1929 gab es 1,4 Millionen Arbeitslose, im Februar 1930 waren es 3,5 Millionen, was auf jahreszeitliche Schwankungen zurückgeführt wurde. Als diese Zahl wider Erwarten im Frühjahr 1930 nicht zurückging, hofften Reichsregierung und die Reichsbank noch lange auf eine Selbstheilung der Wirtschaft, obwohl die Arbeitslosenzahl schon Ende des Jahres mit 5 Millionen Arbeitslosen im weltweiten Vergleich auf höchstem Niveau stand. Erst als

sich der geringe Rückgang Mitte 1931 nicht fortsetzte, wurde man sich der extremen Entwicklung der Krise vollends bewusst. Zu dieser Zeit lief Brüning's Sparprogramm bereits auf vollen Touren. Die öffentlichen Gehälter wurden um 25% vermindert und die Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wurden stark gekürzt. Im Februar 1932 erreichte die Krise auf dem Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt: Es standen 6.120.000 Arbeitslosen, also 16,3% der Gesamtbevölkerung, nur 12 Mio. Beschäftigte gegenüber. Zu den Arbeitslosen könnte man auch noch die große Masse der schlecht bezahlten Kurzarbeiter und Angestellten zählen, aber auch die kurz vor dem Ruin stehenden Kleinunternehmer.

Die Auswirkungen in den USA waren besonders für die Bauern katastrophal. Die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte fielen von 1929 bis 1933 um fünfzig Prozent, wodurch zehntausende Bauern ihre Hypotheken nicht mehr bedienen konnten und ihr Land verloren. In der gleichen Zeit stieg die landwirtschaftliche Produktion um sechs Prozent. Die Steigerung erklärt sich durch die Umstellung der Landwirtschaft auf Pachtverträge und mechanisierte Bearbeitung größerer Einheiten durch die neuen Investoren, später auch durch die künstliche Bewässerung durch den New Deal, wodurch die Dust Bowl, die sprichwörtliche Staubschüssel des Mittleren Westens, ihren Namen verlor. Die verzweifelten Landarbeiter flüchteten in den Westen, wo sie unter menschenunwürdigen Zuständen ein Auskommen suchten. Ein eindrucksvolles Dokument über die Agrarkrise in den USA ist der Roman Früchte des Zorns von John Steinbeck, der selbst einen solchen Flüchtlingszug begleitete.

Ganz anders war die Situation in Japan. Die japanische Volkswirtschaft wuchs von 1929 bis 1933 um sechs Prozent, obwohl auch Japan um 1930 eine ernste Rezession hatte, die aber rasch bewältigt wurde. Arbeitslosigkeit und soziale

Verwerfungen wie in den USA und Deutschland traten in Japan nicht ein.

Bankenkrise

Die deutsche Bankenkrise kennzeichnete den Beginn des zweiten Teils der Wirtschaftskrise, den Beginn der „Hyperdeflation“. Sie hatte zwei Ursachen. Durch gegenseitige Konkurrenz, durch feindliche Übernahmen kleinerer Banken und auf Grund spekulativer Wertpapier- und Warengeschäfte hatten die großen Banken 1925 wieder das Geschäftsvolumen von 1914 erlangt. Sie waren zwar auf Expansion ausgerichtet, aber durch niedere Eigenkapitalquoten und geringe liquide Mittel schlecht dafür gerüstet. Hätten sie ihr Eigenkapital aufgestockt (durch geringere Dividendenzahlungen und/oder das Herausgeben weiterer Aktien), wäre die Differenz beider Größen zu der Summe der herausgereichten Kredite nicht so groß gewesen.

Hinzu kam die Instabilität des internationalen Kreditmarktes. Als wichtigstes Kennzeichen hierfür muss man den einseitigen Geld- und Kapitalstrom nennen. Von 1925 bis 1929 sind ausländische Kredite von insgesamt 21 Milliarden (RM) nach Deutschland geflossen, denen in gleichem Zeitraum nur 7,7 Milliarden RM deutsche Anlagen im Ausland gegenüberstanden. Ein Großteil der aufgenommenen Kredite war obendrein kurzfristiger Natur, das heißt, sie mussten binnen drei Monaten zurückgezahlt werden. Bis 1929 wurden sie aber regelmäßig verlängert; die Banken liehen diese kurzfristigen Gelder mitunter mit langen Laufzeiten aus. Somit war die Situation der Banken bereits vor der Weltwirtschaftskrise kritisch: Sollten die ausländischen Gläubiger ihr Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit der Banken verlieren und die kurzfristigen Kredite einmal nicht verlängern, drohte sofort ein empfindlicher Devisenmangel bis hin zur Illiquidität.

Im Ausland führte die Krise ebenfalls zur Verknappung der Liquidität der Banken. Im November 1930 gerieten die

Banken in den USA und in Frankreich, wo sich die Wirtschaftskrise ansonsten noch gar nicht bemerkbar gemacht hatte, in eine Krise und zogen große Summen kurzfristiger Gelder aus Deutschland ab. Hier erfasste die Krise zunächst hauptsächlich kleinere Banken, so dass das Ausmaß zunächst nicht so transparent war.

Im Frühjahr 1931 geriet nun die Österreichische Creditanstalt in Schwierigkeiten, die sich bei der Übernahme der Bodenkreditanstalt übernommen hatte. Zeitgenossen vermuteten, dahinter stünde die französische Regierung, die so den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion hätte torpedieren wollen. Obwohl solche Manipulationen tatsächlich in der französischen Regierung diskutiert wurden, konnte nicht nachgewiesen werden, dass sie verantwortlich war für den Krach der Creditanstalt, die am 11. Mai 1931 ihre Zahlungsunfähigkeit erklärte. Das bedeutete nicht nur für Österreich, sondern für ganz Mitteleuropa den Beginn einer Finanzkrise.)

Man befürchtete nun, dass diese Entwicklung auf Deutschland übergreifen würde. In dieser gefährlichen Lage erklärte Reichskanzler Brüning selbst im Juni 1931 aus innenpolitischen Gründen - er hoffte nämlich auf die Unterstützung der Rechten und der Nationalsozialisten im Reichstag für ein neues Paket von Sparmaßnahmen - die Reparationen öffentlich für „unerträglich“. Das schien auf eine bevorstehende Zahlungsunfähigkeit des Reiches zu deuten und untergrub das Vertrauen der ausländischen Kreditgeber nachhaltig. Devisen im Wert von mehreren Milliarden RM wurden abgezogen, und nachdem im Juli 1931 eine der Berliner Großbanken illiquide geworden war, kam auch noch ein massenhafter Ansturm der Bevölkerung auf die Banken hinzu. Diese mussten am 13. Juli 1931 ihre Zahlungen einstellen. Die Kreditorenbeträge sanken im Juni/Juli um 21,4%. Um die Bankenkrise zu überwinden, wurden die Banken für mehrere Tage geschlossen und der Kontrolle der Regierung unterstellt. Auch die Börse blieb

monatelang geschlossen - Kredite und Neuinvestitionen waren so monatelang unmöglich.

Zudem war einen Monat zuvor das Hoover-Moratorium, das zur Wiederherstellung des Vertrauens alle politischen Schulden für ein Jahr stornierte, psychologisch verpufft, weil französische Vorbehalte wochenlange, schwierigste Verhandlungen nötig gemacht hatten. Da Reichsbankpräsident Hans Luther den Abfluss von Devisen ins Ausland mit allen Mitteln stoppen wollte, erhöhte er den Diskontsatz auf 15% und bewirkte dadurch eine extreme inländische Kreditverteuerung und -verknappung. Der Banknotenumlauf betrug 1929 noch 5 Milliarden RM; Luthers Maßnahmen trugen dazu bei, dass er sich um 30% auf 3,5 Milliarden RM im Jahre 1932 verringerte.

Außenhandel

Während des Ersten Weltkrieges und in den Nachkriegsjahren ging der Außenhandel erheblich zurück. Die Hyperinflation von 1923 hatte zwar den Wiederaufschwung der deutschen Industrie erleichtert, doch auch zu massiven Fehlinvestitionen geführt. Zwar erreichte die deutsche Industrieproduktion schon 1926 wieder ihren Vorkriegsstand, doch der Import überstieg bereits 1925 den Exportwert des Vorkriegsjahres: Deutschland hatte bis 1930 eine passive Handelsbilanz. Während der Weltwirtschaftskrise sanken die Importe.

Maßnahmen zur Überwindung und Auswirkungen in Deutschland

Die Krise schien die deutsche Wirtschaft zunächst nicht direkt zu beeinträchtigen, und die Auslandskredite der Länder ebenso wie die der Privatwirtschaft blieben vorerst im Land. Doch unmittelbar nach der Reichstagswahl 1930 wuchsen die Kreditabzüge in schwindelerregende Höhen. Dies beruhte hauptsächlich auf zwei Gründen, einem außen- und einem innenpolitischen.

Erstens war die NSDAP zweitstärkste Partei geworden, und von dieser politischen Entwicklung war man im Ausland

beunruhigt und wollte die Liquidität in den betreffenden Ländern erhöhen. Die Reichsregierung ihrerseits betrachtete die Wirtschaftskrise als ein Ungleichgewicht des Staatshaushaltes. Das Defizit betrug Ende 1929 1,5 Milliarden RM. Die Reichsbank schritt ein, als die Deckung der Gold- und Devisenreserven des Geldumlaufs durch den Transfer der gekündigten Auslandskredite unter die gesetzlich festgelegte 40-Prozent-Grenze fiel (siehe Golddevisenstandard), die Erhöhungen des Leitzinses verschärften die Krise noch.

Gleichfalls krisenverschärfend wirkten die Maßnahmen, die Reichskanzler Heinrich Brüning ergriff. Dabei ging er von der Notwendigkeit aus, den Reichshaushalt ausgeglichen zu halten, da der Kapitalmarkt zur Finanzierung eines Defizits nicht zur Verfügung stand. In mehreren Notverordnungen wurden durch Kürzung von Löhnen und Gehältern im öffentlichen Dienst sowie durch Beendigung aller öffentlichen Bauvorhaben die Staatsausgaben gesenkt, durch Steuererhöhungen sollten die Einnahmen erhöht werden. Diese Austerity-Politik verstärkte aber die Deflation und wirkte sich drosselnd auf die Konjunktur aus, sodass das angestrebte Ziel einer nachhaltigen Konsolidierung des Haushalts nicht erreicht wurde. Im Dezember 1931 ging die Regierung zu einer aktiven Deflationspolitik über und senkte per Notverordnung alle Preise, Löhne und Mieten. Damit hoffte sie, den Export anzukurbeln und die Reinigungseffekte der Krise zu beschleunigen, sodass Deutschland als erstes Land die Depression überwinden würde. Diese Politik hatte keinen Erfolg: Die Leitzinsen blieben wegen der desolaten Devisensituation nach der Bankenkrise hoch, ebenso die Steuern: Die Umsatzsteuer hatte die Regierung noch einmal gleichzeitig mit den Deflationsmaßnahmen erhöht, sodass keine konjunkturbelebende Wirkung von ihnen ausging. Die erhofften außenwirtschaftlichen Effekte traten nicht ein, da Großbritannien bereits im September 1931 das Pfund

Sterling vom Gold gelöst hatte und durch die folgende Abwertung seiner Währung einen deutlicheren Außenhandelsvorteil erzielt als Deutschland mit seiner Deflation.

Auf Grund der im Rückblick offenkundigen Verfehltheit von Brüning's Deflationspolitik vermutete die ältere Forschung, es sei sein primäres Ziel gewesen, durch absichtliche Verschärfung der Krise die Alliierten davon zu überzeugen, dass die Reparationsforderungen einfach nicht erfüllbar waren. Zudem würde die Einstellung der Zahlungen die radikalen politischen Kräfte schwächen. Weil er den Zusammenhang zwischen Reparationen und Deflationspolitik aber fast ausschließlich in öffentlichen Reden, nicht aber in internen Besprechungen äußerte, glauben neuere Forschungen dagegen, dass er ehrlich davon überzeugt war, zu seiner Politik keine Alternative zu haben.

Brüning steckte in einer Zwickmühle: Er musste den Reparationsgläubigern Deutschlands ehrlichen Willen nachweisen, den Young-Plan zu erfüllen, machte sich aber eben dadurch für die politische Rechte angreifbar, auf deren innenpolitische Unterstützung er gleichwohl hoffte. So strebte er die Zollunion mit Österreich an, die aber, wie bereits erwähnt, wegen Frankreichs Widerstand den Zusammenbruch des Bankensystems einleitete.

Ob es realisierbare Alternativen zu Brüning's Deflationspolitik und zur sparsamen Haushaltsführung gab, die die Krise nur verschärften, ist in der historischen Forschung sehr umstritten. Denkbar wären a) eine Abkopplung der Reichsmark vom Golddevisenstandard gewesen, b) eine Kreditausweitung oder c) eine Erhöhung der Geldmenge z.B. durch Notenbankkredite. Gegen alle drei Optionen habe es, wie der Münchner Wirtschaftshistoriker Knut Borchardt nachzuweisen versuchte, wichtige Argumente gegeben: Auf Grund der (zum Teil durch eigene Schuld verschlimmerten)

Vertrauenskrise hätten der Reichsregierung keine Kreditmöglichkeiten offengestanden: die beinahe chronische Krise der Staatsfinanzen drohte wiederholt in eine akute Zahlungsunfähigkeit der öffentlichen Hand umzuschlagen, die unabsehbare soziale, politische und außenwirtschaftliche Folgen gehabt hätte; eine Abkehr vom Golddevisenstandard sei völkerrechtlich durch den Young-Plan ausgeschlossen gewesen und hätte die traumatischen Erinnerungen an die Inflation von 1923 wachgerufen. Dieselben Argumente hätten auch gegen einen Ausgleich des defizitären Haushalts mit Hilfe der Notenpresse gesprochen.

Tatsache ist, dass bei der Reichstagswahl Juli 1932 nur die NSDAP mit einem Programm massiver, reflationärer Kreditausweitung und Arbeitsbeschaffung auftrat und so ihren Stimmenanteil mit 37,3% mehr als verdoppeln konnte. Das Zentrum, aber auch die gemäßigte Linke – letztere unter dem Einfluss von Rudolf Hilferding und Fritz Naphtali – blieben den Vorstellungen finanzieller und wirtschaftspolitischer Orthodoxie verhaftet und hatten so der wirtschaftspolitischen Propaganda der extremen Rechten wenig entgegenzusetzen. Auch der um die Jahreswende 1931–32 erstellte expansive WTB-Plan (benannt nach Wladimir Woytinsky, Fritz Tarnow und Fritz Baade) konnte angesichts dieser internen Widerstände keine propagandistische Wirkung entfalten. Während Franklin D. Roosevelt in den USA mit seinem expansiven Programm des New Deal die Demokratie stabilisieren konnte, erzielte in Deutschland die rechtsextreme NSDAP bei diesen Wahlen ihren endgültigen Durchbruch.

Die Kreditausweitung, die unter Brüning's Nachfolgern eingeleitet wurde und die Hjalmar Schacht, Reichsbankpräsident von 1933 bis 1939, dann massiv betrieb, war jedenfalls nur durch die ganz erheblichen Verschleierungsmechanismen der Mefo-Wechsel möglich. Sie erschien in den ersten Jahren wirtschaftspolitisch erfolgreich, basierte aber im Wesentlichen auf der

Rüstungskonjunktur der Vorbereitung eines großen, letztlich selbstzerstörerischen Eroberungskrieges.

Inside Job ist ein Dokumentarfilm von Charles H. Ferguson über die weltweite Finanzkrise ab 2007. Der Film wurde von Sony produziert und im Mai 2010 bei den Filmfestspielen in Cannes gezeigt. Er erhielt 2011 den Oscar.

Inhalt

Der Film beginnt mit seiner Darstellung in Island, dessen Wirtschaft von der Krise besonders schwer getroffen worden war. Malerische Landschaftsaufnahmen, kurze Ausschnitte aus Fernsehsendungen und ausführliche Interviews wechseln einander ab. Ein Sprecher (Matt Damon), der selbst nicht im Bild erscheint, verbindet all dies miteinander, indem er die Ereignisse nacherzählt.

Die Herangehensweise des Films wird bereits durch seinen Titel vorbereitet: Inside job ist im Englischen eine informelle Bezeichnung für eine Straftat zum Nachteil eines Unternehmens, die durch einen eigenen Mitarbeiter verübt wird, also eine Straftat durch einen Insider. Der Dokumentarfilmer befragt daher Banker, Politiker und Wirtschaftsprofessoren nach den Ursachen der Finanzkrise und kommt zu dem Fazit, dass der Grund für die Krise in der Liberalisierung der Finanzmärkte liege. Die Entwicklung des Subprime-Marktes und die Vorgeschichte der Krise, ihr Verlauf, ihre internationalen Auswirkungen am Beispiel Chinas, die Reaktionen hierauf und die Nachgeschichte werden von den Beteiligten in den Interviews beschrieben und kommentiert. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf der Darstellung der Korruption in der amerikanischen Justiz und in der Wissenschaft. Der Grund hierfür liege in der personellen Verflechtung von Banken, Investmentbanken, Ratingagenturen, Versicherungen, Industrie, Politik und der Wirtschaftswissenschaft an den großen Universitäten in den Vereinigten Staaten. Einige zentrale Akteure der Krise, die sich einst in Gutachten für die Deregulierung der

Finanzmärkte eingesetzt hatten, haben selbst als Mitarbeiter in Unternehmen von der Entwicklung in erheblichem Umfang profitiert und haben sie in der amerikanischen Politik, insbesondere in der Regierung von George W. Bush, unterstützt.

Abschließend zeigt Ferguson auf, dass unter Präsident Barack Obama, der in Abkehr von der Regierung Bush gewählt worden war, teilweise wiederum die gleichen Personen für die Kontrolle der Finanzmärkte zuständig sind, die seinen Recherchen nach die Krise mit ausgelöst hatten. Während also an der Spitze der Politik ein Wechsel stattgefunden hatte, herrschte ansonsten Kontinuität: „Es ist eine Wall-Street-Regierung“ („It's a Wall Street government“) sagt der amerikanische Bürgerrechtler Robert Gnaizda gegen Ende des Films. Der damalige Direktor des Internationalen Währungsfonds Dominique Strauss-Kahn sagte im Film: „Die Finanzbranche hatte 2008 Angst bekommen. Jetzt will sie zu ihren alten Spielregeln zurück“.

Ferguson weist darauf hin, dass die Vereinigten Staaten das Land mit der größten Spreizung bei Einkommen und Vermögen in der westlichen Wirtschaft seien und dass sich diese Schieflage im Zuge der Finanzkrise weiter verschärft habe. In seiner Rede zur Entgegennahme des Oscars wies Ferguson als erstes darauf hin, dass keiner der Schuldigen wegen der Verursachung der Finanzkrise verurteilt worden seien. Dies sei ein Fehler.

Auszeichnungen

Inside Job wurde 2011 mit dem Oscar für den besten Dokumentarfilm ausgezeichnet. Außerdem erhielt er im selben Jahr die entsprechenden Preise der Writers Guild of America Awards und 2010 der Directors Guild of America Awards. Der Film war nominiert für die Chicago Film Critics Association Awards, die Gotham Independent Film Awards, die Las Vegas Film Critics Society Awards und für die Phoenix Film Critics Society Awards.

Bei den Internationalen Filmfestspielen von Cannes 2010 wurde Inside Job vorgestellt.

Kritiken

Thomas Assheuer verweist in seiner Kritik in der Zeit vor allem darauf, dass die Finanzindustrie „so viel Geld wie nie zuvor in die PR-Arbeit“ investiere. Auf jeden Kongressabgeordneten kämen nun fünf Lobbyisten, und er endet mit einer bitteren Referenz an den Wahlslogan Barack Obamas: Yes, we can.

Die Zeitschrift New York kritisiert den Film als „aggressiv (und, ja, auch voreingenommen)“ und interpretiert den Umstand, dass der Hollywoodstar Matt Damon als Sprecher fungiert, als Abkehr der Filmindustrie von Obama.

Demgegenüber betont Angelika Slavik in ihrem Bericht von der Oscar-Verleihung in der Süddeutschen Zeitung, Fergusons Kritik an der mangelhaften juristischen Aufarbeitung der Ereignisse habe „nur verhaltenen Applaus“ erhalten. „Die Filmszene, so hieß es, wolle es sich ja nicht mit ihren Geldgebern verderben.“

Strukturelle Arbeitslosigkeit: Sie ist das Ergebnis fortdauernder Strukturkrisen oder Ungleichgewichte zwischen der Struktur des Angebots und der Nachfrage nach Arbeitskräften. Zur strukturellen Arbeitslosigkeit zählen:

1. **Merkmalsstrukturelle Arbeitslosigkeit:** Ursächlich sind hier die Unterschiede zwischen den Merkmalen der Arbeitslosen und den Anforderungen bei den offenen Stellen, beispielsweise wenn Arbeitslose nicht die Qualifikationsanforderungen für eine Beschäftigung erfüllen (Mismatch).

2. **Sektorale Arbeitslosigkeit:** Ursächlich sind hier Wachstumsschwächen oder Schrumpfungstendenzen in einzelnen Wirtschaftssektoren oder Branchen.

3. Technologische Arbeitslosigkeit: Sie entsteht durch die Ersetzung der Arbeitskräfte durch Maschinen (Automatisierung). Damit verbundene Investitionen, beispielsweise für die Anschaffung der Maschinen, machen sich durch eine höhere Produktivität schnell bezahlt. Dies kann nur durch ein gleichmäßiges Wirtschaftswachstum von mindestens 1,5% des realen BIP pro Jahr kompensiert werden.

4. Institutionelle Arbeitslosigkeit: Arbeitslosigkeit aufgrund arbeits- und sozialrechtlicher Regelungen, z. B. wenn ein hohes Arbeitslosengeld keinen Anreiz zur Aufnahme einer wenig besser bezahlten Beschäftigung bietet. So führte Hochlohnpolitik, teils in Verbindung mit hohen Abfindungen wie z.B. in der Montanindustrie, beim Übergang von Beschäftigten in die Arbeitslosigkeit zur Verzögerung einer erneuten Arbeitsaufnahme. Auch sind durch Tarifverträge in vielen Ländern ältere Arbeitnehmer besser vor Arbeitslosigkeit geschützt als jüngere.

5. Regionale Arbeitslosigkeit: Sie entsteht durch die Tatsache, dass Personen nicht dazu bereit, oder fähig sind, in eine andere Region zu ziehen, um dort eine freie Stelle anzunehmen. Die Ursache dafür ist, dass es bestimmte (z. T. durch (nicht) vorhandene Studien/Ausbildungsplätze hervorgerufene) Qualifikations-Ballungsräume gibt, in denen es ein Unterangebot an diesen Berufen gibt, während diese an anderen Orten benötigt werden.

Als Sockelarbeitslosigkeit, auch genannt Bodensatzarbeitslosigkeit, wird der Anteil der Arbeitslosigkeit bezeichnet, der nach Meinung führender Ökonomen selbst unter günstigsten konjunkturellen Bedingungen nicht abgebaut werden kann. Dieser besteht aus friktioneller und struktureller Arbeitslosigkeit. Konkret umfasst diese Gruppe von Arbeitslosen also solche, die aufgrund von Qualifikation, Alter, Gesundheitszustand, Wohnort oder mangelndem Arbeitswillen nicht oder

zumindest nicht sofort einen Arbeitsplatz finden und annehmen.

Seit 2008 hat sich der Umfang der verfestigten Arbeitslosigkeit in Deutschland gesenkt. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit im Hartz-IV-System betrug im August 2011 71,6 Wochen gegenüber 81,4 Wochen im August 2008. Zeichnete sich Deutschland im internationalen Vergleich bis 2007 durch einen sehr hohen Anteil der Sockel- bzw. Langzeitarbeitslosigkeit an der gesamten Arbeitslosigkeit aus (über 50%), so ist eines der wenigen Industrieländer, in denen dieser Anteil bis 2011 gesunken ist. Allerdings liegt er immer noch bei über 45% und wird damit nur von Irland übertroffen. In den USA ist er in diesem Zeitraum von ca. 10% auf ca. 30% angestiegen. Regional konzentriert sich die verfestigte Arbeitslosigkeit in Deutschland auf sieben Regionen von Nordrhein-Westfalen (von zehn Regionen insgesamt). Niedrig ist die Sockelarbeitslosigkeit vor allem in Schwellenländern.

Der Begriff versteckte oder verdeckte Arbeitslosigkeit bezeichnet den Anteil der Arbeitslosigkeit, der nicht in Statistiken über Arbeitslosigkeit erfasst wird. Darunter wird vor allem die stille Reserve verstanden, nämlich Arbeitslose, die nicht bei den Behörden als arbeitslos registriert sind. Der Grund dafür kann beispielsweise darin liegen, dass von den Betroffenen eine Meldung bei den Behörden als arbeitslos für überflüssig gehalten wird, etwa weil sie ohnehin keinen Anspruch auf Leistungen hätten und weil sie die Vermittlung eines Arbeitsplatzes durch die Behörden als unwahrscheinlich ansehen. Häufig werden auch Arbeitssuchende in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder in behördlich angeordneten Umschulungsmaßnahmen, die meist ebenfalls nicht in der Arbeitslosenstatistik erfasst sind, zur versteckten Arbeitslosigkeit gezählt. Darüber hinaus kann sich versteckte Arbeitslosigkeit auch darin äußern, dass Arbeitskräfte zwar einen Arbeitsplatz haben,

jedoch nicht ausgelastet sind (unten Arbeitsverhältnisse in der DDR).

Die rechtliche Definition des Begriffs Arbeitslosigkeit ergibt sich für Deutschland aus dem SGB III. Neben der vorübergehenden Beschäftigungslosigkeit (also dem Fehlen einer mindestens 15 Wochenstunden umfassenden Beschäftigung oder selbständigen Tätigkeit) umfasst der Begriff auch noch die Arbeitslosmeldung bei einer Agentur für Arbeit. Dritte Voraussetzung ist die aktive Suche nach einer versicherungspflichtigen Beschäftigung einschließlich der Verfügbarkeit für die Vermittlungsbemühungen der Arbeitsverwaltung.

Da insbesondere die Beschäftigungslosigkeit in vielen Ländern anders definiert wird, sind nationale Arbeitslosenstatistiken nur eingeschränkt miteinander vergleichbar. Wer beispielsweise in den Niederlanden nur 1 Stunde in der Woche beschäftigt ist, gilt nicht mehr als arbeitslos. In den meisten europäischen Ländern existieren daher zwei Arbeitslosenstatistiken: Eine nach nationaler und eine nach internationaler Definition. (den Artikel Erwerbslose bezüglich des Unterschieds zwischen Erwerbslosenzahl und Arbeitslosenzahl).

Die Frage der Messung

Die Messung von Arbeitslosigkeit setzt eine bestimmte Theorie des Arbeitsmarktes voraus. Die dabei gebildeten Messkategorien müssen auf die Zwecke bezogen gesehen werden, die durch die betreffende statistische Erhebung erfüllt werden soll.

Durch die insbesondere ab dem Jahr 2005 veränderten Zählweisen herrscht bis heute keine völlige Klarheit darüber, wer in Deutschland – nach § 16 SGB III – tatsächlich als „arbeitslos“ in der Statistik gezählt wird und wer nicht. So werden Arbeitslose, die sich gegenwärtig in einer subventionierten ABM, Arbeitsgelegenheit (z.B. "1-Euro-Job"), Umschulung oder in einem Sprachkurs befinden, nicht mehr als „arbeitslos“ gezählt, ebenso wenig wie